

**Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Kultur und Medien  
19. Wahlperiode**

Deutscher Bundestag

Ausschuss für  
Kultur u. Medien

Ausschussdrucksache  
**19(22)230**

06.10.2020

**Stärkung der Medienkompetenz sowie Schutz und strukturelle  
Förderung der journalistischen Arbeit**

**Änderungsantrag der der Abgeordneten Margit Stumpp, Erhard Grundl, Tabea  
Rößner, Dr. Kirsten Kappert-Gonther und der Fraktion Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN**

**zum Gesetzesentwurf „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des  
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021“ (BT-Drucksache 19/22600)**

**Einzelplan 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**

zur Erhöhung des Titels **„Stärkung der Medienkompetenz sowie Schutz und  
strukturelle Förderung der journalistischen Arbeit“**

**Kapitel:** 0452– Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und  
Medien

**Titelgruppe:** 01 – Allgemeine kulturelle Angelegenheiten

**Titel:** 684 15-187 Stärkung der Medienkompetenz sowie Schutz  
und strukturelle Förderung der journalistischen Arbeit

**Ansatz im  
Haushaltsentwurf 2021: 2 000 T Euro**

**Antrag:** Im Kapitel 0452 soll der Titel „Stärkung der  
Medienkompetenz sowie Schutz und strukturelle  
Förderung der journalistischen Arbeit“ **um 2 000 T Euro  
erhöht** werden. Der Titel ist mit insgesamt 4 000 T Euro  
auszustatten.

**Begründung:**

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD steht, Medienkompetenz sei „eine elementare Schlüsselkompetenz in unserer digitalen Gesellschaft und grundlegende Voraussetzung für einen selbstbestimmten Umgang mit den Medien und dem Netz für alle Generationen.“ Ein Verständnis für die Wichtigkeit der Medienkompetenz ist auf Seiten der Großen Koalition also gegeben. Jedoch spiegelt sich dieses Verständnis nicht in den hinterlegten Haushaltsmitteln wider. Zumal mit diesem Titel seit diesem Jahr noch zusätzlich der Schutz und die strukturelle Förderung journalistischer Arbeit finanziert werden soll. Die Stärkung der Medienkompetenz, der Schutz von journalistischer Arbeit sowie deren strukturelle Förderung sind zu

begrüßen, müssen jedoch stärker finanziell hinterlegt werden, um Wirksamkeit zu entfalten.

Die Bundesregierung lässt bisher keine kohärente Strategie zur Förderung der Medienkompetenz erkennen. Bisher richteten sich einzelne Initiativen unabhängig voneinander an Kinder und Jugendliche. Nach der „Nationalen Initiative Printmedien“ wurde zuletzt auch die Initiative „Ein Netz für Kinder“, die wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt haben, eingestellt. Die stärkere Verbreitung von Verschwörungstheorien während der Coronakrise hat noch einmal deutlich gemacht, dass es zur Einordnung und Bewertung der großen Menge an Informationen im Internet dringend eine altersübergreifende Strategie zur Stärkung von Medienkompetenz braucht. Bürgerinnen und Bürger jedes Alters müssen in einer sich rasant verändernden digitalisierten Medienwelt lernen, wie sie seriöse von unseriösen Quellen unterscheiden können. Medienkompetenz ist kein zu vernachlässigendes Politikfeld, sie ist eine Notwendigkeit für eine funktionierende demokratische Gesellschaft. Sie braucht folgerichtig eine kontinuierliche Stärkung.

Angesichts von Desinformation, Verschwörungstheorien und Angriffen auf Journalist\*innen gewinnt neben der Stärkung der Medienkompetenz auch der Schutz von Journalist\*innen zunehmend an Relevanz. Laut einer dieses Jahr veröffentlichten 5-Jahres-Bilanz über Angriffe auf Journalist\*innen des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (<https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2020/03/FeindbildPresse-IV.pdf>) hat die Gewalt gegen Medienschaffende stark zugenommen. Demnach ereigneten sich 92 von 119 Angriffen bei politischen Demonstrationen des rechten Lagers. Ein Schwerpunkt muss deshalb in der Bekämpfung von rechtsextremistischer und -populistischer Medienstrategien liegen, weil von ihnen derzeit die größte Gefahr für eine freie journalistische Arbeit ausgeht.

Wir beantragen die Mittel des Titels „Stärkung der Medienkompetenz sowie Schutz und strukturelle Förderung der journalistischen Arbeit“ um 2 000 T Euro auf insgesamt 4 000 T Euro zu erhöhen. Die Mittel sollen der Erarbeitung einer kohärenten altersübergreifenden Strategie zur nachhaltigen und umfassenden Stärkung der Medienkompetenz dienen. Darüber hinaus müssen effektive Konzepte erarbeitet werden, die auf der einen Seite eine Resilienz bei den Bürger\*innen gegenüber Desinformation, Hassrede und Verschwörungstheorien bewirken und auf der anderen Seite Journalist\*innen besser vor gewaltsamen Angriffen schützt.

Berlin, den 7. Oktober 2020